



8. November 2017

Postulat

von Walter Anken (SVP)
und Samuel Balsiger (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Sozialhilfe für militante Islamisten grundsätzlich gekürzt werden kann, wenn diese mit religiösen Vortrags- oder Schulungstätigkeiten einem Nebenerwerb nachgehen. Auch soll geprüft werden, wie die Mitarbeitenden auf den Sozialämtern sensibilisiert werden können, damit solche Nebenerwerbe überhaupt erkannt und künftig berücksichtigt werden.

Begründung:

Es tauchen immer wieder Berichte auf, wonach Islamisten Sozialhilfe beziehen und gleichzeitig Vortrags- und Schulungstätigkeiten nachgehen. Dafür werden ihnen offenbar von den Veranstaltern nicht nur die Spesen entrichtet, sondern manchmal auch ein Honorar bezahlt. «Ich weiss, dass der Bezug von Sozialhilfegeldern bei einem Teil der Islamisten System hat», sagt auch Extremismus-Experte Kurt Pelda.

Die islamistischen Hassprediger beweisen mit ihrem Handeln und Gedankengut, dass sie unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft ablehnen. Es ist absolut stossend, dass solche Personen auch noch mit Steuergeldern unterstützt werden. Deshalb ist es angebracht, bei diesen Fällen alle Möglichkeiten zu prüfen, die staatlichen Leistungen auf das Minimum zu reduzieren.